



# Rote Krähe

## „BEZAHLBARES WOHNEN FÜR ALLE!“

### GEGEN WOHNUNGSNOT UND OBDACHLOSIGKEIT – MEHR GESELLSCHAFTLICHER DRUCK FÜR SOZIALE WOHNUNGSPOLITIK

Der Wohnungsmangel wächst in Krefeld seit Jahren. Bereits 2019 gab die Krefelder Stadtverwaltung einen zusätzlichen Bedarf von 7.000 Wohnungen an.

Bezahlbarer und menschenwürdiger Wohnraum für Menschen mit niedrigem Einkommen ist kaum noch zu finden. Für Menschen, die von Bürgergeld, Sozialhilfe oder Grundsicherung leben müssen, sieht es noch schlimmer aus. Viele können sich nur noch Wohnungen leisten, deren Zustand gesundheitsgefährdend ist.

Die Beratungsstelle für Wohnungsnotfallhilfen der Diakonie Krefeld schätzt, zwischen 3.000 und 4.000 Krefelder\*innen stünden vor dem Verlust ihrer Wohnung oder seien bereits wohnungslos. 500 Menschen ohne festen Wohnsitz haben ihre Postadresse bei der Diakonie; darunter viele Frauen und Jugendliche. (WZ vom 22.04.2024)

Die Linke Krefeld befürchtet, es gebe ca. 600 Obdachlosen in Krefeld, nach Schätzung der Sozialverwaltung sind es 300 Krefelderinnen und Krefelder. Auf der anderen Seite stehen über 6.000 Wohnungen in Krefeld leer, viele davon sind sanierungsbedürftig.

#### FORDERUNGEN DES SOZIALBÜNDNIS KREFELD

Das Sozialbündnis Krefeld verlangt daher seit Jahren: „Leerstand mit Leben füllen!“ Am 06.04.2024 protestierte es im Rah-

men der internationalen „housing action days“ in der City mit der Forderung „Bezahlbares Wohnen für alle!“ Das Sozialbündnis will die energische Beseitigung der Leerstände und fordert:

„Untätige Hauseigentümer müssen zum Handeln oder zum Verkauf vorrangig an die Stadt gezwungen werden können. Ersatzvornahme oder auch Enteignungen dürfen kein Tabu sein.“

#### NEUER FACHBEREICH WOHNEN BRAUCHT SOFORT MEHR PERSONAL

Nun scheint der Wohnungsmangel mehr Aufmerksamkeit der Lokalpolitik zu erhalten. Der Stadtrat beschloss am 07.03.2024 die Einrichtung eines eigenen Fachbereiches Wohnen, auch mit den Stimmen der Linken Ratsgruppe. „Wir erhoffen uns vom neuen Fachbereich mehr und effektive Maßnahmen der Stadt für bezahlbare Wohnungen, eine bessere Vernetzung innerhalb der Wohnungsverwaltung. Der neue Fachbereich benötigt aber sofort mehr Personal für die Wohnungsaufsicht und die Wohnungsbauförderung!“ fordert Basri Cakir, Sprecher der Linken Ratsgruppe Krefeld.

#### HOFFNUNGEN NACH WOHNUNGSGIPFEL

Am 17.04.2024 lud die Krefelder Sozialdezernentin Lauxen zum „Wohnungswirtschaftlichen Dialog“. Diese Veranstaltung hat verschiedene Akteure zusam-

mengebracht und Hoffnungen geweckt. Wegweisend könnte dort ein Vortrag gewesen, welchen Michael Schleicher (in den letzten Jahren Berater des Bundesbauministeriums, der Landesregierung und des Deutschen Städtetages und ehemaliger Leiter des Wohnungsamtes Köln) zu den Aufgaben kommunaler Wohnungspolitik hielt.

Die Stadtverwaltung fasst Schleichers Kursvorgabe in ihrer Veröffentlichung zum „Wohnungswirtschaftlichen Dialog“ auf der homepage der Stadt zusammen: „Seine Kernthesen waren, dass es einer kommunalen Wohnungsversorgungspolitik bedürfe, dass kommunale Wohnungspolitik Daseinsvorsorge sei und es dringend mehr öffentlich geförderten Wohnungsbau geben müsse.“ Einige seiner konkreten Vorschläge werden aufgezählt:

**eine sozial gerechte Bodennutzung [...] die bei Neubauten einen Anteil von mindestens 30 Prozent öffentlich geförderten Wohnungen vorsehe.“**

**“Grundstücke vorrangig an neu zu gründende Genossenschaften zu veräußern und kommunale Grundstücke mit der Auflage zu verkaufen, preiswerten Wohnraum zu schaffen.“**

Die Vertreter der Linken Ratsgruppe Krefeld auf dem Wohnungsgipfel unterstützen diesen Kurs: „Der ehemalige Leiter des Wohnungsamtes Köln hat klarge-

# 102 TAGE

stellt, dass fast 50 % der Bevölkerung sich keine Kaltmiete über 7 € pro m<sup>2</sup> leisten können, diesen Bedarf könne der Wohnungsmarkt nicht decken, eine soziale Wohnungspolitik sei eine DRINGENDE Aufgabe der Politik“, erklärt Ratsherr Stephan Hagemes.

Manfred Stein, baupolitischer Sprecher der Linken Ratsgruppe, zum Rat des Experten: „Die Lokalpolitik und Stadtverwaltung muss die Akteure fördern, welche bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnraum schaffen wollen! Bleibt die Wohnungswirtschaft der Profitmaximierung unterworfen, so wird die Wohnungsnot nur größer. Damit es in Krefeld endlich wieder mehr Sozialwohnungen gibt, hat auch die kommunale Wohnstätte ihrer Verantwortung gerecht zu werden!

Lars Meyer, Leitung der „Demokratiewerkstatt Krefeld“, in der das „Netzwerk Wohnen“ geboren wurde, machte die Veranstaltung Mut. Er meinte danach im Gespräch mit Stephan Hagemes: „Gute Konzepte liegen seit Jahren in den Schubladen. JETZT scheint der gesellschaftliche Druck groß genug dafür, dass diese auch umgesetzt werden.“ Dafür wird auch Die Linke Krefeld im Rat, mit dem Sozialbündnis und mit dem „Netzwerk Wohnen“ weiter arbeiten und kämpfen.

[RG] Stephan Hagemes  
Ratsherr Die Linke Krefeld

## WER HAT'S GEMACHT?

**Schreibfraktion:** Stephan Hagemes, Felix Musella und Rascha Fünfingerlings

**Layout:** herrjemedia.de

**Redaktion:** Stephan Hagemes

**Impressum:**

Die Linke Ratsgruppe Krefeld  
Von der Leyenplatz 1, 47798 Krefeld  
Tel. 02151-862012

Die Linke Krefeld, Kreisverband  
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld  
info@die-linke-krefeld.de

dielinke-krefeld.de  
dielinke-fraktion-krefeld.de

[KV] = Artikel des Kreisverbandes Die Linke

[RG] = Artikel der Ratsgruppe Die Linke

**Das letzte halbe Jahr war eine besonders große Herausforderung für alle Palästinenser\*innen, besonders natürlich für die Menschen in der Westbank und ganz besonders für die Menschen in Gaza selbst. Auch für uns in der Diaspora hat das letzte halbe Jahr alles verändert. Nach fast schlaflosen Nächten der erste Blick aufs Handy, um zu sehen, was sich in der Nacht in Gaza zugetragen hat und zu prüfen, ob unsere Lieben, unsere Freunde und Bekannten die Nacht überlebt haben.**

Unsere große Familie lebte vor 191 Tagen in Bani Suheila, Gaza (südöstlich). Nun haben alle ihr Zuhause verloren, keine Arbeit, keine Uni und keine Schule mehr. Gestern hat mein Onkel mir ein Video von den Ruinen seines Hauses gesendet. Alles ist bis auf den Boden zerfallen, zum Teil mutwillig verbrannt. Auf den Wänden Schmierereien der israelischen Armee. Nun verharren die meisten in provisorischen Zelten in Rafah und müssen noch enger zusammenrücken, als sie es ohnehin gewohnt waren.

Ca. 2 Millionen Menschen, die Hälfte Kinder, verharren derzeit im Süden Gazas unter schrecklichsten Umständen und permanenter Todesangst. Das Leben in Gaza war schon immer kein gewöhnliches Leben, wie wir es hier in Deutschland selbstverständlich leben. In Gaza darf kein Einwohner ohne Sondergenehmigung aus Gaza heraus. Es gab Arbeit,

die für einen Hungerlohn in Israel arbeiten durften, jedoch war die Erlaubnis immer willkürlich und durch sämtliche Checkpoints extrem erschwert.

Viele der Kinder meiner Cousins und Cousinen habe ich noch nie live sehen dürfen, da wir auch nicht nach Gaza hinein können. Die letzte Möglichkeit, über Ägypten nach Gaza einzureisen, ist seit knapp 190 Tagen natürlich auch gesperrt.

Trotzdem bin ich mit meiner Schwester Jehan Abushihab Ende März nach Kairo geflogen. Zunächst wollte ich so nah wie möglich bei meiner Familie sein, und außerdem versuchten wir seit knapp einem halben Jahr, die Partnerin meines Bruders zu evakuieren. Alle Versuche über die Vertretungsbüros der deutschen Behörden in Ramallah, in Tel Aviv und in Kairo führten ins Leere. Niemand konnte oder wollte uns helfen. Nach gefühlt Tausenden von E-Mails und Telefonaten mussten wir aufgeben und uns den Bedingungen der Reiseagentur YaHala beugen. Das bedeutet eine hohe pro Kopf Zahlung in \$. Im Zuge der Evakuierung konnten wir nicht nur so nah wie möglich bei unserer Familie sein, sondern auch andere Menschen, zum Teil auch aus der eigenen Familie, aus Gaza treffen. Wir konnten gesammelte Spenden überreichen und zuhören.

Alle vermissen Gaza. Einige trauern um ihre ermordeten Familienmitglieder und sind schwer traumatisiert oder selbst schwer verletzt. Aber alle

vermissen ihr Zuhause, ihre Arbeit und Freunde, ihre Unis und Schulen. Keiner möchte in Kairo bleiben. Kairo verlangt eine hohe Summe für den bloßen Aufenthalt in der Stadt. Unser Cousin Waleed hatte bereits in Gaza studiert, kein Semester wird ihm angerechnet, und für jedes neue Semester muss eine Pauschale von 7.000 US-Dollar gezahlt werden.

Da ist Doaa, die Medizinstudentin, die ihr ganzes Leben davon träumt, Ärztin zu werden. Sie hat ihr Abitur mit 99,4 % abgeschlossen und wollte gerade mit dem Studium beginnen, als der Wahnsinn begann. Sie konnte mit ihrer schwer verletzten Großmutter nach Kairo gelangen und versucht nun, irgendwie an ihrem Traum festzuhalten. Neben der brutalen Zerstörung der gesamten Infrastruktur Gazas sind unzählige Träume, Wünsche und viel Hoffnung zerstört worden.

Für die größte in der Diaspora lebende palästinensische Gemeinschaft Europas, die in Deutschland, ist die politische Position der Bundesrepublik schwer auszuhalten.

In Deutschland geboren, empfinde ich Deutschland als meine Heimat. Dabei zu sehen zu müssen, wie Medien und Politik

uns Deutsch-Palästinenser\*innen zeichnen, uns vorverurteilen und uns kriminalisieren, wenn wir friedlich auf die nachgewiesenen Kriegsverbrechen Israels aufmerksam machen, ist beängstigend. Unsere Freund\*innen in Berlin verlieren gerade ihre Jobs, ihre Wohnungen werden nachts vom SEK gestürmt und der privat organisierte Palästina-Kongress wurde einfach unter Einsatz von Gewalt durch die Bundespolizei aufgelöst. Jede Form der Palästina-Solidarität, wie jüngst der friedliche Kongress, wird als antisemitisch diffamiert. Selbst unsere jüdischen Freunde werden als antisemitisch beschrieben und kurzerhand festgenommen.

Dr. Abu Sittah wurde am Berliner Flughafen 4 Stunden verhört und die Einreise wurde ihm anschließend untersagt. Dr. Abu Sittah wollte auf dem Palästina-Kongress seine menschenrechtswidrigen Erlebnisse aus den ersten sechs Wochen in Gazas Krankenhäusern schildern.

## KEINS DAVON STEHT MEHR.

Über 35.000 Tote in 192 Tagen in Gaza, über 14.000 ermordete Kinder. Eine Bodenoffensive in Rafah ist bereits ange-

kündigt. Die deutsche Politik und die öffentlich-rechtlichen Medien versuchen, unsere friedliche Stimme für sofortigen Waffenstillstand, für ein Ende der illegalen Besetzung und für sofortige humanitäre Unterstützung nicht nur zu ignorieren, sondern stellen diese Forderungen als radikal und absurd da.

Deutschland liefert währenddessen gnadenlos weiterhin Waffen nach Israel, das unsere Familien ermordet.

## STAATSRÄSON VOR VÖLKERRECHT?!

Ich habe mich immer sicher und wohl in meiner Heimat gefühlt. Seit 192 Tagen ist alles anders.

*Zu meiner Person: Rascha Fünfingerlings, geb. 1978 in Krefeld Hüls, seit 2006 staatlich anerkannte Logopädin, seit 2010 Ehefrau und Mutter einer Tochter. Als Tochter palästinensischer Eltern habe ich das politische Bewusstsein in die Wiege gelegt bekommen und setze mich seit jeher für Gerechtigkeit und Frieden in Palästina, in Gaza ein.*

[KV] Rascha Fünfingerlings

## GERECHTIGKEIT IN EUROPA GEHT

# #NURMITLINKS

**Am 9. Juni ist Europawahl. Die Linke tritt an, um die Europäische Union sozial zu machen und den Reichtum in Europa gerecht zu verteilen.**

Wir streiten für gerechten Klimaschutz und Frieden. Die Regierung und die Rechten werben für mehr Aufrüstung, stärkere Armeen und höhere Zäune um Europa. Die Sorgen der Menschen kommen wenig vor: Der Alltag funktioniert nicht mehr. Die Kosten für die Energiewende werden denen aufgebürdet, die schon ge-

nug Sorgen haben. Unsere Vision für Europa sieht anders aus: Wir streiten für mehr Gemeinwohl, mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit. Für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, die nicht an den Börsen Europas gehandelt werden. Für Nahverkehr, der funktioniert und für die Fahrgäste kostenfrei ist. Für eine Bahn, die Europa verbindet. Dafür, dass der große Reichtum in Europa allen zugute

kommt. Das ist machbar. Wenn wir zusammen stark sind. Stärker als die Rechten, die ärmere oder geflüchtete Menschen zu Sündenböcken machen. Stärker als die Lobbys, die Interessen von Konzernen und Aufrüstung nach vorn stellen. Dafür bitten wir um Ihre Stimme.

Auszug aus dem  
EU-Wahlprogramm der Linken

# MENSCHENRECHTE NUR NOCH AUF DEM PAPIER?!

– **VERSUCH EINER EINORDNUNG DER MIGRATIONSDEBATTE ZWISCHEN RECHTSPOPULISTISCHEN FORDERUNGEN UND MENSCHENRECHTSBASIERTER MIGRATIONSPOLITIK**

**ÜBER DIE PODIUMSDISKUSSION DER SEEBRÜCKE AM 15.04.2024**

Das Interesse an der Veranstaltung im Ricarda-Huch-Gymnasium war groß. Gut 150 Menschen nahmen teil. Der Saal war so voll, dass sogar noch neue Stühle geholt werden mussten. In Bezug auf Alter, Herkunft und Geschlecht war das Publikum bunt gemischt. Die Krefelder Seebrücke wollte die neue GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) – „Reform“ und den Zusammenhang zwischen Asylrechtsabbau und wachsendem Rassismus in der BRD und EU kritisch diskutieren.

Die neuen GEAS-Verordnungen wurden nach langen Verhandlungen im Europäischen Parlament verabschiedet. Die „Reform“ beinhaltet verpflichtende Grenzverfahren unter Haftbedingungen, die auch die Inhaftierung von Kindern einschließen. Zudem werden die Standards für "sichere Drittstaaten" gesenkt, was die Chancen für Asylsuchende aus diesen Ländern verringern wird. Die Einführung beschleunigter Verfahren an den Außengrenzen und einer Krisen-Verordnung sorgen für starke Bedenken hinsichtlich der Einhaltung von Menschenrechten. Humanitäre Organisationen wie PRO-ASYL warnen vor massivem Rechtsabbau für Schutzsuchende.

Engeladen als Referenten waren: Die Bundestagsabgeordnete Clara Bünger (Die Linke), Jan Dieren (SPD) und der EU-Abgeordnete Erik Marquardt (Bündnis 90/Die Grünen).

Die Seebrücke führte in die aktuelle Situation für Flüchtlinge ein. Sie betonte die konstanten Menschenrechtsverletzungen an den EU-Außengrenzen, sowie die

grausamen Zustände in den Auffanglagern (z.B. Moria). All dies sind Verstöße gegen das internationale Recht. Der Grund diese Zustände zu tolerieren, ist für die Seebrücke der wachsende Rassismus in Europa. Als nächstes referierte Erik Marquardt (Die Grünen), welcher anfänglich proklamierte „Der Migrationspolitik mangelt es an Solidarität“. Auch die Grünen kritisierte er scharf und forderte den Fokus auf die Menschlichkeit zu legen anstatt auf die Verteilung. Der Diskurs um die „Obergrenze“ sei rechtswidrig und eine Scheindebatte. Er gab sich bemüht diplomatisch, jedoch wurde die GEAS auch von ihm harsch kritisiert.

Nun war Clara Bünger (Die Linke) an der Reihe. In ihrer Vorstellung beschrieb sie das Elend und das Leid, welches Sie in ihrer Zeit als Rechtshilfe auf der griechischen Insel Chios miterlebt hatte. Sie beschrieb die Auffanglager als menschenfeindlich. Genau diese Lager seien nun rechtlich legitimiert. Zudem würde die GEAS-„Reform“ das individuelle Asylrecht abschaffen und die humanitären Standards senken. Clara Bünger warf Nancy Faser und Annalena Baerbock vor, gezielt die Fakten zu verdrehen und postfaktische Informationen zu verbreiten. Die asylfeindliche Rhetorik der Bundesregierung unterstütze den gesellschaftlichen Rechtsruck und fördere rechtsradikale Strukturen.

Mit Applaus gab sie weiter zu Jan Dieren (SPD). Dieser versuchte, die Position innerhalb seiner Partei zu erklären. Die gesellschaftliche Stimmung sei: wir brauchen Geld für Infrastruktur und nicht für Fluchtmigranten. Daher gäbe es in seiner Partei Genossen, welche durch Zuge-

ständnisse diese Menschen befriedigen wollen. Er sei absolut nicht einverstanden mit der Migrationspolitik der Regierung und würde diese Position nicht vertreten. Jan Dieren bedanke sich bei den Krefelder Ratsparteien, die sich mehrheitlich gegen den Asylrechtsabbau ausgesprochen hatten und bei der Zivilgesellschaft hier, da er durch sie Rückendeckung bekomme, im Bundestag und in seiner Fraktion eine humanitäre Position zu vertreten.

Als das Publikum an der Diskussion beteiligt wurde, wandte sich diese schnell dem Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ausbeutung, Spaltung der Gesellschaften, Kriegen und ihren Profiteuren und der Abschottung gegenüber Flüchtlingen zu. Clara Bünger, Jan Dieren und offensichtlich (gemessen an Applaus und Redebeiträgen) auch die Mehrheit des Publikums waren sich einig: gegen Rechtsruck, Umverteilung von unten nach oben, Kriegsrüstung und Flüchtlingselend helfen Bündnisse zwischen einheimischen, eingewanderten und geflüchteten Leidtragenden der herrschenden Politik. Jan Dieren (SPD) sagte u.a.: „Verteilungskämpfe sind entscheidend, und die Kämpfe müssen verbunden werden.“ Clara Bünger (Die Linke) forderte deutlich: „Aufgeben ist keine Option! ... Wir müssen den Angriffen gegen Geflüchtete verbindenden Klassenkampf entgegensetzen!“

Den anwesenden Mitgliedern der Linken Krefeld hat diese Veranstaltung dafür mehr Mut gegeben.

**[KV] Felix Musella**

Vorstandsmitglied Kreisverband Die Linke Krefeld

**[RG] Stephan Hagemes**

Ratsherr Die Linke Krefeld